



## **ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE**

**Amt/Eigenbetrieb:**

40 Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen

**Beteiligt:****Betreff:**

Mittelverteilung der Schulpauschale 2005 für den Bereich IT

**Beratungsfolge:**

26.04.2005	Schulausschuss
11.05.2005	Bezirksvertretung Eilpe/Dahl
17.05.2005	Bezirksvertretung Hagen-Mitte
18.05.2005	Bezirksvertretung Hagen-Nord
18.05.2005	Bezirksvertretung Hohenlimburg
18.05.2005	Bezirksvertretung Haspe
19.05.2005	Schulausschuss

**Beschlussvorschlag:**

1. Dem in Anlage 4 dargestellten Verteilvorschlag wird zugestimmt.
2. Die in Anlage 3 aufgeführten Vernetzungen von Schulgebäuden sollen – wie dargestellt- geplant und ausgeführt werden.
3. Die politischen Gremien beschließen eine Aufstockung der benötigten Haushaltsmittel gemäß der Anlage 1 (Mittelfristige Finanzbedarfe ab 2007 ) aus den Mitteln der Schulpauschale .



# STADT HAGEN

## KURZFASSUNG

**Teil 2 Seite 1**

**Drucksachennummer:**

0265/2005

**Datum:**

29.03.2005

Die Verteilung der Mittel aus der Schulpauschale für den Zweck IT-Beschaffung unter dem Aspekt einer nachhaltigen Qualitätssicherung ab 2005 aufgrund von qualifizierten Medienkonzepten der einzelnen Schulen erfolgen.

**BEGRÜNDUNG****Teil 3 Seite 1****Drucksachennummer:**

0265/2005

**Datum:**

29.03.2005

## **IT – Mittelverteilung 2005**

### **1. Bisheriger Vorlauf**

Die Stadt Hagen hat im Rahmen der e-initiative erstmalig 2000 Landesmittel für die Ausstattung der Schulen mit moderner Informationstechnologie bereitgestellt. Seit dem Jahr 2003 stehen Mittel aus der Schulpauschale in Höhe von 350.000.- € jährlich für diesen Zweck zur Verfügung.

Bedingt durch die zeitliche Verschiebung von Mittelbereitstellung und –ausgabe und die damit verbundene „Nichtausgabe“ im Jahr 2003 stehen für die Jahre 2004 und 2005 jeweils 525.000.- € zur Verfügung ( 350.000.- € + 175.000.- € ).

### **2. Grundlagen für die Mittelverteilung 2005**

Damit der Aspekt einer Qualitätssicherung nachhaltig berücksichtigt werden kann, soll ab 2005 eine Mittelverteilung aufgrund von qualifizierten Medienkonzepten der einzelnen Schulen erfolgen. Diese umfassen die Ausstattung mit mobiler Hardware aber auch Vernetzungen, (dazu siehe unter 4. ) und sind Grundlage der nachfolgenden Begutachtungen und Ausführungen.

Um verlässlichere Planungsgrößen zu bekommen, wurden die Schulen angeschrieben mit dem Ziel, ihre konkreten Bedarfe an IT-Ausstattung (mobile Hardware und Vernetzung) auf Grundlage der eingereichten Medienkonzepte für den Zeitraum 2005/2007 mitzuteilen. Die von den Schulen gemeldeten Bedarfe wurden daraufhin durch das e-team unter Berücksichtigung der gemeinsam mit der Verwaltung erarbeiteten Kriterien begutachtet , mit dem Ergebnis, dass sowohl vor dem sachlichen- als auch finanziellen Hintergrund Kürzungen vorgenommen wurden.

Hierbei wurde auch eine gemeinsame Entscheidung von Verwaltung, Vertretern der Politik und dem e-team berücksichtigt, wonach z.B. keine Beschaffung von Laptops in Klassenstärke erfolgt. Stattdessen werden dafür mobile Laptopeinheiten berücksichtigt, die 6 Laptops, 1 Drucker und einen Beamer umfassen. Eine solche Laptopeinheit wurde bereits für das Käthe-Kollwitz-Berufskolleg beschafft.

Vergleiche mit anderen Kommunen haben ergeben, dass Laptops hinsichtlich Reparaturen und Defekten anfälliger sind als beispielweise konventionelle PC-Systeme (siehe dazu auch unter [www.unit21.de](http://www.unit21.de) ) .

### **3. Beschaffung von Hardware-Endgeräten**

Wie auch in den Vorjahren sind die Bestellungen der Schulen über den HABIT abzuwickeln. Die dazu vom HABIT entwickelte Standardproduktpalette wurde ab 2005 hinsichtlich der Angebotsvielfalt erweitert.

<b>BEGRÜNDUNG</b>	<b>Drucksachennummer:</b> 0265/2005
<b>Teil 3 Seite 2</b>	<b>Datum:</b> 29.03.2005

#### 4. Vernetzungen

In den letzten Jahren wurden die Mittel überwiegend für die Beschaffung von IT- Endgeräten eingesetzt.

Nur in relativ wenigen Schulen wurden größere strukturierte Vernetzungen vorgenommen. Der häufigste Grund hierfür waren die hohen Kosten für Vernetzungen.

Im Hinblick auf die sich verändernde Lernlandschaft von Schulen ist es notwendig, allen Schulen in einem mittelfristigen Zeitraum (max. 5 Jahre) die Möglichkeit zu geben, auf ein vorhandenes Netzwerk zurückzugreifen. So wird es möglich sein, Schulen im Hinblick auf wachsende Anforderungen beim Einsatz neuer medialer Technologien als eine zunehmend bedeutsame Rahmenbedingung der Unterrichtsgestaltung zukunftsfähig zu machen.

Die in der Vergangenheit durchgeführten Vernetzungen von Schulgebäuden haben gezeigt, dass ein langer zeitlicher Vorlauf notwendig ist, um Maßnahmen von solcher Größe zu realisieren. Daher sollen im Jahr 2005 Planungsaufträge erteilt, ab 2006 diese realisiert, sowie weitere Planungsaufträge mit der Realisierungsoption ab 2007 erteilt werden.

Um diese Planungen durchzuführen ist es notwendig, dass bereits bei der Mittelverplanung Beträge für die Planungen und Realisierungen berücksichtigt werden (siehe Anlage 1)

Für den Planungs- und Realisierungszeitraum 2005 – 2007 besteht gemäß der erfolgten Abfrage bei den Hagener Schulen an 23 Schulen ein Bedarf an Vernetzung ( Anlage 3 ), der durch die eingesetzten Finanzraten insgesamt berücksichtigt wird.

Es wird davon ausgegangen, dass es, wie ein Vergleich der Anlagen 2 und 4 zeigt, weitere Bedarfe in diesem Bereich geben wird, die ab 2008 realisiert werden sollen. Eine Konkretisierung dieser Bedarfe soll durch eine erneute Abfrage der Hagener Schulen Anfang 2007 erfolgen. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung wird aber gleichwohl der entsprechende Mittelansatz dargestellt.

Aus der Anlage 2 geht der derzeitige Stand der vorhandenen Vernetzungen hervor.

Weiterhin ist als Anlage 3 im Rahmen eines Grobrasters die Vorschlagsliste für geplante Vernetzungen beigefügt.

## BEGRÜNDUNG

Teil 3 Seite 3

Drucksachennummer:

0265/2005

Datum:

29.03.2005

### 5. Großprojekte aufgrund von Neu- und/oder Erweiterungsbauten, sowie Grundsanierungen und Brandschutzausbauten.

Bereits im Jahr 2003 wurde es bei Gesprächen zwischen dem HABIT, dem damaligen Hochbauamt und dem Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen für absolut notwendig erachtet, dass bei Großbaumaßnahmen wie z.B. Grundsanierungen, Brandschutzmaßnahmen oder Neubauten die Verkabelung und die damit verbundenen Kosten in den Bauplanungen berücksichtigt werden, da sich nur hierdurch Synergieeffekte erzielen und Kosten einsparen lassen. Unstrittig ist weiterhin, dass es zum heutigen Standard eines Verwaltungs- oder Bürogebäude gehört, dass es mit einer zukunftssicheren Verkabelung ausgestattet ist, da sich nur dann die Möglichkeiten der medialen Landschaft, wie Internet, serverbasierende Lösungen oder der Austausch von Daten entsprechend nutzen lassen. Somit ist es nicht nur wünschenswert, sondern notwendig bei den folgenden für 2005 geplanten Bauvorhaben entsprechende Vernetzungsplanungen und -kosten mit einzubeziehen:

- Brandschutzmaßnahmen an dem Berufskolleg Käthe-Kollwitz
- Neubau am Berufskolleg Cuno I
- Neubau am Christian-Rohlffs-Gymnasium.

Bei dem letzten Vorhaben ergibt sich die Besonderheit, dass die Schule nach Erstellung des Neubau's aus drei Komplexen besteht, wovon der mittlere Komplex nicht an das schulinterne Netz angebunden wäre.

Hier ist es notwendig, die Baumaßnahmen zu nutzen, um eine Verkabelung und den Anschluss des mittleren Gebäudeteils an das schulinterne Netz während der Bauzeit ebenfalls durchzuführen. Hierfür hat die Schule im vergangenen Jahr komplett auf die Mittel der IT-Pauschale verzichtet, sowie die eventuell bereitgestellten Mittel des Ausstattungsprogramms allgemeinbildende Schulen eingeplant. Diese Gelder sollen die notwendige Verkabelung, sowie die Anbindung an das bereits bestehende Netz ermöglichen. Nach bisherigen Schätzungen liegt der Mitteleinsatz für dieses Projekt bei ca. 55.000,- €.

### 6. Finanzbedarf

Nach bisherigen, vorsichtigen Schätzungen liegt der Finanzbedarf für den Bereich IT in Schulen in den Jahren 2005 – 2007 bei ca. 2.400.000,- € (siehe dazu Anlage 4). Somit ergibt sich bei den momentan zu Grunde zu legenden Ansätzen in diesem Bereich ein durch die Schulpauschale gedeckten zusätzlichen Finanzierungsbedarf von ca. 1.595.000,- € (siehe Anlage 1).

Darüber hinaus ergibt sich für den Zeitraum 2008 – 2009 ein weiterer Bruttofinanzbedarf von ca. 1.500.000,- €.

## 7. Deckungsmöglichkeiten

Für den entstehenden Finanzierungsbedarf von ca. 3.095.000,- € für den Zeitraum 2005 - 2009 kämen nach jetzigem Stand folgende Deckungsmöglichkeiten in Betracht:

- 1) Aufstockung der Mittel aus der Schulpauschale für IT
- 2) Verwendung von Mitteln aus den Ausstattungskonzepten (Sekundarstufe I und Berufskolleg)
- 3) Eine Streckung der Ausgaben auf die Jahre 2005 – 2015, was bedeuten würde, dass zu den bisher veranschlagten Summen noch Ausgaben im Bereich der Reinvestition von Hardware und ggf. Netzwerkkomponenten hinzukommen, kommt aus eben diesen Gründen nicht in Frage.

# FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Teil 4 Seite 1

Drucksachennummer:

0265/2005

Datum:

29.03.2005

Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen.

Hinweis: Diese und alle weiteren Zeilen in diesem Fall bitte löschen!

## 1. Rechtscharakter

- Auftragsangelegenheit
- Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung
- Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung
- Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe
- Vertragliche Bindung
- Fiskalische Bindung
- Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonstige
- Dienstvereinbarung mit dem GPR
- Ohne Bindung

Erläuterungen:

## 2. Allgemeine Angaben

- Bereits laufende Maßnahme
  - des Verwaltungshaushaltes
  - des Vermögenshaushaltes
  - eines Wirtschaftsplans
- Neue Maßnahme
  - des Verwaltungshaushaltes
  - des Vermögenshaushaltes
  - eines Wirtschaftsplans
- Ausgaben
  - Es entstehen weder einmalige Ausgaben noch Ausgaben in den Folgejahren
  - Es entstehen Ausgaben
    - einmalige Ausgabe(n) im Haushaltsjahr \_\_\_\_\_
    - jährlich wiederkehrende Ausgaben
  - periodisch wiederkehrende Ausgaben in den Jahren 2005 - 2009 \_\_\_\_\_

**FINANZIELLE  
AUSWIRKUNGEN**

**Teil 4 Seite 2**

**Drucksachennummer:**

0265/2005

**Datum:**

29.03.2005

**3. Mittelbedarf**

<input type="checkbox"/>	Einnahmen	_____	EUR
<input checked="" type="checkbox"/>	Sachkosten	_____	EUR
<input type="checkbox"/>	Personalkosten	_____	EUR

Die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben verteilen sich auf folgende Haushaltsstellen:

<b>HH-Stelle/Position</b>	<b>Lfd. HH-Jahr</b>	<b>Folgejahr 1</b>	<b>Folgejahr 2</b>	<b>Folgejahr 3</b>	<b>Folgejahr 4</b>
<b>Einnahmen:</b>	2005	2006	2007	2008	2009
Schulpauschale	610.000.- €	970.000.- €	890.000.- €	825.000.- €	675.000.- €
<b>Ausgaben:</b>	2005	2006	2007	2008	2009
2100 935 1030 X	610.000.- €	970.000.- €	890.000.- €	825.000.- €	675.000.- €
<b>Eigenanteil:</b>	0.- €	0.- €	0.- €	0.- €	0.- €

# **FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN**

## **Drucksachennummer:**

0265/2005

Teil 4 Seite 3

Datum:

29.03.2005

## 4. Finanzierung

## **Verwaltungshaushalt**

Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
<b>Gesamtbetrag</b>					

1

Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
<b>Gesamtbetrag</b>					

1

## Kein konkreter Finanzierungsvorschlag

**Wird durch 20 ausgefüllt**

1

Die Finanzierung der Maßnahme wird den im Haushaltssicherungskonzept festgesetzten

1

Haushaltsausgleich langfristig nicht gefährden

1

Die Finanzierung der Maßnahme wird den Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in den nächsten

Jahren um folgende Beträge erhöhen und damit das Zieljahr für den Haushaltsausgleich gefährden:

Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4

**FINANZIELLE  
AUSWIRKUNGEN**

**Teil 4 Seite 4**

**Drucksachennummer:**

0265/2005

**Datum:**

29.03.2005

**Vermögenshaushalt**

Einsparung(en) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
<b>Gesamtbetrag</b>					

Mehreinnahme(n) bei der/den Haushaltsstelle(n)

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
<b>Gesamtbetrag</b>					

Kreditaufnahme

**Wird durch 20 ausgefüllt**

- Die Maßnahme kann im Rahmen der mit der Bezirksregierung abgestimmten Kreditlinie zusätzlich finanziert werden
- Die Maßnahme kann nur finanziert werden, wenn andere im Haushaltsplan/Investitionsprogramm vorgesehene und vom Rat beschlossene Maßnahmen verschoben bzw. gestrichen werden.

**FINANZIELLE  
AUSWIRKUNGEN**

**Teil 4 Seite 5**

**Drucksachennummer:**

0265/2005

**Datum:**

29.03.2005

**Folgekosten bei Durchführung der Maßnahme im Vermögenshaushalt**

- Es entstehen keine Folgekosten
- Es entstehen Folgekosten ab dem Jahre \_\_\_\_\_  
 Sachkosten       einmalig in Höhe von EUR \_\_\_\_\_  
                           Jährlich in Höhe von EUR \_\_\_\_\_  
                           bis zum Jahre \_\_\_\_\_
- Personalkosten     einmalig in Höhe von EUR \_\_\_\_\_  
                           Jährlich in Höhe von EUR \_\_\_\_\_  
                           bis zum Jahre \_\_\_\_\_

Erwartete Zuschüsse bzw. Einnahmen zu den Folgekosten EUR \_\_\_\_\_

Folgekosten sind nicht eingeplant

Folgekosten sind bei der/den Haushaltsstelle(n) wie folgt eingeplant:

HH-Stelle/Position	Lfd. HH-Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	Folgejahr 4
<b>Einnahmen:</b>					
<b>Ausgaben:</b>					
<b>Eigenanteil:</b>					

**FINANZIELLE  
AUSWIRKUNGEN**

Teil 4 Seite 6

Drucksachennummer:

0265/2005

Datum:

29.03.2005

## 5. Personelle Auswirkungen

Es sind folgende personalkostensteigernde Maßnahmen erforderlich:

### 5.1 Zusätzliche Planstellen

Anzahl	BVL-Gruppe	unbefristet/befristet ab/bis	Besetzung intern/extern	Kosten EUR *

### 5.2 Stellenausweitungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

### 5.3 Hebungen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

### 5.4 Aufhebung kw-Vermerke

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

### 5.5 Stundenausweitung in Teilzeitstellen

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

### 5.6 Überstunden bei Ausgleich durch Freizeit mit entsprechendem Zeitzuschlag

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

### 5.7 Überstunden bei Ausgleich durch vollständige Vergütung

Anzahl	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

### 5.8 Überplanmäßige Einsätze

BVL-Gruppe	Zeitdauer	Umfang in Wochenstunden	Kosten EUR *

Summe Kosten 5.1 bis 5.8	
--------------------------	--

**FINANZIELLE  
AUSWIRKUNGEN**

**Teil 4 Seite 7**

**Drucksachennummer:**

0265/2005

**Datum:**

29.03.2005

**Es sind folgende personalkostensenkende Maßnahmen möglich:**

**5.9 Stellenfortfälle**

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

**5.10 Abwertungen**

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe bisher	BVL-Gruppe neu	Kosten EUR *

**5.11 kw-Vermerke neu**

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

**5.12 ku-Vermerke neu**

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

**5.13 Stundenkürzung in Teilzeitstellen**

Stellenplan-Nr.	BVL-Gruppe	Kosten EUR *

**Summe Kosten 5.9 bis 5.13**

\* = Kostenermittlung auf der Basis der Durchschnitts-Personalkosten des jeweiligen Jahres (von 18/02) bzw. bei Überstunden auf der Grundlage der jeweiligen Überstundenvergütungen.

**VERFÜGUNG /  
UNTERSCHRIFTEN**

**Teil 5 Seite 1**

**Drucksachennummer:**

0265/2005

**Datum:**

29.03.2005

**Veröffentlichung:**

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich \_\_\_\_\_

**Oberbürgermeister**

**Gesehen:**

**Stadtkämmerin**

**Stadtsyndikus**

**Beigeordnete/r**

**Amt/Eigenbetrieb:**

40 Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen

**Gegenzeichen:**

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:**

**Amt/Eigenbetrieb:**

**Anzahl:**

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---